

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2727

der Abgeordneten Ursula Nonnemacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drucksache 6/6685

### **Rechtsextremistische Hass-Musik**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragestellerin: Aus Brandenburg stammen drei von sechs Musikgruppen, die am 15. Oktober 2016 rund 5000 bis 6000 RechtsextremistInnen in die Schweizer Ortschaft Unterwasser gelockt haben. Die Veranstaltung avancierte damit zum wahrscheinlich größten konspirativ organisierten Neonazi-Konzert, das jemals in Europa stattgefunden hat. Sogar vier von fünf angekündigten Bands kommen aus Brandenburg, wenn die NPD und so genannte „freie nationale Kräfte“ am 1. Juli 2017 das rechtsextremistische Festival „Rock für Deutschland“ in Gera wiederbeleben, das in der Vergangenheit bis zu 5000 BesucherInnen angezogen hat. Aber auch in Brandenburg gibt es offenbar einen Boom. So haben die „Potsdamer Neueste Nachrichten“ am 28. April 2017 unter Berufung auf eine „interne Statistik von Polizei und Verfassungsschutz“ von insgesamt 21 „versuchten, verhinderten, durchgeführten“ Konzerten der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg berichtet. Im Unterschied dazu informierte die Landesregierung den Landtag auf quartalsbezogene Kleine Anfragen des Jahres 2016 hin nur über zwei rechtsextremistische Konzerte und vier Versuche, ein solches zu veranstalten (vgl. die Drucksachen 6/4048, 6/4856, 6/5462 und 6/5942).

Vorbemerkungen der Landesregierung:

1. Ausweislich der Vorbemerkungen der Landesregierung zu den quartalsbezogenen Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE aus dem Jahr 2016 zu „Aktivitäten der extremen Rechten bzw. neonazistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Charakters in Brandenburg“ (LT-Drucksachen BB 6/4048, 6/4856, 6/5462 und 6/5942) stützten sich die diesbezüglichen Beantwortungen allein auf eine Auswertung polizeilicher Daten zu rechtsextremistischen Konzerten zum jeweiligen Erhebungszeitraum, die aus Gründen der Gefahrenabwehr bzw. Strafverfolgungsvorsorge gespeichert wurden und keine lückenlose Darstellung beinhalteten.

Eine eigenständige Statistik zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen wird nicht geführt. Die dortigen Fragen haben das Konzertgeschehen nur als einen Unterfall „öffentlicher Auftritte“ der „extremen Rechten bzw. neonazistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Charakters“ zum Gegenstand. Eine zutreffende und anhand einheitlicher Maßstäbe zu erfolgende Binnendifferenzierung für sämtliche dort angefragten „Aktivitäten der extremen Rechten bzw. neonazistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Charakters in Brandenburg“ erfordert den Rückgriff auf eine einheitliche Erfassungs- und Bewertungsgrundlage. Aus Gründen der sachlichen Zuständigkeit lag

Eingegangen: 10.07.2017 / Ausgegeben: 17.07.2017

die dazu erforderliche Datengrundlage für diese spezifische Fragestellung nur bei der Polizei vor. Darüber hinaus richten sich diese parlamentarischen Antworten in den Drucksachen 6/4048, 6/4856, 6/5462 und 6/5942 an der dortigen Fragestellung zu „stattgefundenen“ Veranstaltungen aus und zielten nicht auf eine Informationen über sämtliche „versuchten oder verhinderten“ Musikkonzerte ab. Soweit in den angesprochenen Drucksachen vereinzelt auch polizeilich verhinderte Konzerte angegeben wurden, entsprach der Umstand der „Verhinderung“ allein der polizeilichen Erkenntnislage. Diese Anlässe hatte im Vorfeld polizeiliche Einsatzmaßnahmen ausgelöst.

2. Die nachfolgenden Antworten zu den Fragen 1, 2, 4, 6, 9, 10, 12, 13, 14, 17 und 18 basieren auch auf Informationen des Brandenburger Verfassungsschutzes. Die Beantwortung der Fragen hinsichtlich der Identität des Veranstalters kann nicht vollständig offen erfolgen, ohne die Arbeit der Sicherheitsbehörden nachteilig zu erschweren, da hierbei zwangsläufig Aspekte der laufenden verdeckten Informationsbeschaffung sowie der Informationsbewertung im operativen Bereich einer Sicherheitsbehörde offengelegt wären. Dies ist für die Interessen des Landes Brandenburg zumindest nachteilig in Teilen sogar schädlich. In der Detailtiefe sind daher Informationen zur Identität der Veranstalter mindestens als „VS-nur für den Dienstgebrauch“ gem. § 7 Nr. 4 VSA-BB einzuordnen gewesen.

Frage 1: Welche rechtsextremistischen Musikveranstaltungen sind im Jahr 2016 und in den ersten Monaten des Jahres 2017 in Brandenburg veranstaltet worden? Bitte mit Datum, Ort, Veranstalter, BesucherInnenzahl sowie den Namen der aufgetretenen Bands und Solo-InterpretInnen (und jeweils deren Herkunft) auflisten.

zu Frage 1: Rechtsextremistisch orientierte Musikveranstaltungen (Konzerte von Bands und Liederabende von Einzelmusikern) werden i. d. R. konspirativ organisiert und nur in Ausnahmefällen angemeldet. Daher können oft erst im Nachgang bzw. im Zuge von Auflösungen Organisatoren, Verantwortliche oder überhaupt das Stattfinden einer solchen Veranstaltung selbst ermittelt bzw. festgestellt werden. Zu nachstehenden rechtsextremistisch orientierten Musikveranstaltungen liegen der Landesregierung nach aktuellem Stand folgende Erkenntnisse vor:

Datum	Ort	Veranstalter/ Organisator	Besucherzahl	auf tretende Musikgruppen bzw. Liedermacher
30.01.2016	Nähe Oranienburg	unbekannt/ Märkische Skinheads und Velten Skinheads	unbekannt	Barny (SN), RAC n´Roll Teufel (SN)
02.07.2016	Bereich Neuruppin	unbekannt	unbekannt	unbekannt
23.09.2016	Landkreis OHV	F.R. (anonymisiert siehe Vorbemerkung)/ NPD LV Brandenburg + NPD KV Oberhavel	unbekannt	unbekannt
24.09.2016	Landkreis OHV	F.R. (anonymisiert siehe Vorbemerkung)/ NPD LV Brandenburg + NPD KV Oberhavel	unbekannt	unbekannt
12.11.2016	Wandlitz OT Klosterfelde	unbekannt/ Barnimer Freundschaft	ca. 70	Villain 051 (BE), A3Stus (BE/ BB)

03.12.2016	Wittstock	unbekannt	unbekannt	D.S.T. (BE), Helle und die RACker (MV), Spreegeschwader (BE)
16.12.2016	Prenzlau	T.H. (anonymisiert siehe Vorbemerkung)/ NPD	ca. 25	Fylgien (BB)
17.12.2016	Landkreis OHV	unbekannt	unbekannt	unbekannt
28.01.2017	Wandlitz OT Klosterfelde	Barnimer Freundschaft	ca. 60	Son of Wind (S.o.W.), vormals R.a.W. (Recht auf Wahrheit)

Lediglich die Musikveranstaltung am 16.12.2016 in Prenzlau wurde angemeldet.

Frage 2: Wie kommt es zu der etwaigen Diskrepanz zwischen den Konzertzahlen, welche die Landesregierung auf die oben genannten Kleinen Anfragen hin genannt hat, und den Konzertzahlen der „internen Statistik von Polizei und Verfassungsschutz“, auf welche sich die „Potsdamer Neueste Nachrichten“ bezüglich des Jahres 2016 berufen?

zu Frage 2: Siehe Vorbemerkungen.

Frage 3: Hat die Polizei alle rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Sicht- und Hörweite überwacht, so dass etwaige Straftaten wie Hitlergrüße oder das Singen volksverhetzender Lieder festgestellt worden wären oder festgestellt worden sind? Falls Ja: Welches Ergebnis hat die polizeiliche Überwachung jeweils erbracht? Falls Nein: Warum wurde von einer entsprechenden Überwachung der Veranstaltungen abgesehen?

zu Frage 3: Alle im Vorfeld bekannt gewordenen rechtsextremistisch orientierten Musikveranstaltungen wurden durch die Polizei überwacht. Bei vorliegenden Verstößen wurden diese konsequent verfolgt und geahndet. Des Weiteren wird auf die Beantwortung der Frage 6 verwiesen. Bei den in den Jahren 2016 und 2017 durch die Polizei überwachten Musikveranstaltungen konnten keine strafbaren Handlungen festgestellt werden.

Frage 4: Wie viele und welche der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Brandenburg hat die Polizei in den Jahren 2016 und 2017 aufgelöst?

zu Frage 4: Keine.

Frage 5: Warum wurden nicht alle Veranstaltungen mit rechtsextremistischer Hass-Musik polizeilich aufgelöst? Bitte jeweils begründen, warum eine Veranstaltung nicht aufgelöst wurde.

zu Frage 5: Die Auflösung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen ist nur bei Feststellung straf- bzw. ordnungsrechtlicher Verstöße zulässig.

Frage 6: Wie viele rechtsextremistische Musikveranstaltungen in Brandenburg konnten 2016 und 2017 im Vorfeld verhindert werden? Bitte auflisten, welcher Veranstalter, welche Veranstaltung, mit welchen Bands, wann und wo geplant hatte.

zu Frage 6: Folgende Konzertveranstaltungen konnten durch die Polizei verhindert werden:

Datum	Ort	Veranstalter	auf tretende Musikgruppen bzw. Liedermacher
29.04.2016	Cottbus	unbekannt	unbekannt
30.04.2016	Lübben	unbekannt	Barney (SN), F.I.E.L. (MV)
30.04.2016	Finowfurt	R.W. (anonymisiert siehe Vorbemerkungen)	unbekannt
11.06.2016	Finowfurt	R.W. (anonymisiert siehe Vorbemerkungen)	unbekannt
17.06.2016	Finowfurt	R.W. (anonymisiert siehe Vorbemerkungen)	u. a. 2nd Class Citizen (BR), Thrima (MV), Blindfolded (NL)
30.07.2016	Halbe	unbekannt	Toitonicus (BB), Fylgien (BR), F.i.e.L. (MV)
10.09.2016	Wandlitz	R.G. (anonymisiert siehe Vorbemerkungen)	Oiram (ST), F.i.e.L. (MV), Feuer Frei (BB)
24.09.2016	Finowfurt	R.W. (anonymisiert siehe Vorbemerkungen)	unbekannt
01.10.2016	Falkenberg	unbekannt	unbekannt
08.10.2016	Letschin	unbekannt	unbekannt
05.11.2016	Neuseddin	unbekannt	unbekannt

Frage 7: Mit welchen Mitteln will die Landesregierung erreichen, dass in Brandenburg künftig keine Veranstaltungen mit rechtsextremistischer Hass-Musik mehr stattfinden können?

zu Frage 7: Die Vorbereitungen erfolgen größtenteils konspirativ und auch nicht in jedem Fall liegen Rechtsgründe für eine Verhinderung vor. Die Polizei gewährleistet auch künftig, dass in jedem bekannt gewordenen Fall – auch bei adhoc-Informationen – unverzüglich die zur Prüfung von Einschreitmöglichkeiten erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Frage 8: Wie viele PolizeibeamtInnen, StaatsanwältInnen und MitarbeiterInnen von Ordnungsbehörden in Brandenburg haben im Rahmen der Aus- und Weiterbildung Spezialkenntnisse vermittelt bekommen, mit dem Ziel, dass Ordnungsbehörden, Polizei und Staatsanwaltschaften landesweit alle rechtlichen Mittel einsetzen können, um Veranstaltungen mit rechtsextremistischer Hass-Musik zu verhindern oder zu beenden?

zu Frage 8: Eine polizeiliche Aus- und Weiterbildung mit dem Ziel, rechtliche Mittel einsetzen zu können, um Veranstaltungen mit rechtsextremistischer Hass-Musik zu verhindern oder zu beenden, existiert nicht.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Brandenburg werden gemäß des im Ausbildungs- und Weiterbildungsplan formulierten Berufsbildes aus- und fortgebildet. Die Voraussetzun-

gen und professionellen Standards für dieses polizeiliche Tätigwerden erlernen die Anwärtinnen und Anwärter bereits in Ausbildung und Studium. Darüber hinausgehende „Spezialkenntnisse“ zur Verhinderung oder Beendigung spezifischer Veranstaltungsformen sind nicht Bestandteil der Aus- und Weiterbildung für Polizeibeamtinnen und –beamte in Brandenburg.

Im Rahmen der Ausbildung für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst bekommen sämtliche Anwärtinnen und Anwärter sowohl die geschichtlichen Hintergründe für das Entstehen des Rechtsextremismus in Deutschland als auch die für die typischen polizeilichen Verwendungen erforderlichen Kenntnisse zu den Ursachen und Erscheinungsformen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) sowie die einschlägigen versammlungs-, eingriffs- und strafrechtlichen Grundlagen vermittelt. Im Bachelor-Studium für den gehobenen Dienst wird darüber hinaus ein Wahlpflichtmodul „Extremismus und Terrorismus“ angeboten, in dem sich unter anderem auch eine Lehrveranstaltung mit „Sofortmaßnahmen bei polizeilichen Lagen mit extremistischem/terroristischem Hintergrund“ beschäftigt. Des Weiteren wird im Wahlpflichtmodul „Polizeigeschichte“ die Entstehungsgeschichte des Rechtsextremismus in Deutschland weiter vertieft. Die Teilnehmerzahl bei diesen Wahlpflichtmodulen ist – bedingt durch die gestiegenen Anwärterzahlen – in den vergangenen Jahren von ca. 18 auf rund 25 Studierende pro Studienjahrgang angestiegen.

Im Rahmen der Weiterbildung ist das Thema „Rechtsextremistische Hass-Musik“ an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg integraler Bestandteil. Zum einen wird die Thematik während einer Fortbildungsveranstaltung der Sicherheitskooperation (SiKoop) der Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie der Länder Brandenburg (BB), Sachsen-Anhalt und Berlin (BE) behandelt. Im Jahr 2016 haben zehn Kollegen an dieser Veranstaltung teilgenommen, 2017 insgesamt 15 Kollegen (davon in 2016: zwei aus BB, acht aus SiKoop; in 2017: fünf aus BB, zehn aus SiKoop). Zum anderen ist das Thema „Rechtsextremistische Musik“ Bestandteil der elektronischen Lernanwendung „Grundlagenwissen Rechtsextremismus“. Diese haben seit Konzipierung des Online-Seminars im Juli 2014 rund 5.000 Polizeibedienstete genutzt.

Eine Arbeitsgruppe der Landeskriminalämter BE, Mecklenburg-Vorpommern und BB erarbeitete im Jahr 2016 einen „Leitfaden für Behörden zum Umgang mit extremistischer Musik“. Dieser Leitfaden soll als Orientierungshilfe für die rechtliche Einordnung und Bewertung extremistischer Musik bei Veranstaltungen oder anderen polizeilichen Lagen dienen und wesentliche taktische Hinweise zur Bewältigung solcher Einsatzlagen geben. Dadurch sollen die Rechts- und Handlungssicherheit der Polizeibeamtinnen und –beamten optimiert bzw. gestärkt werden. Von diesem Leitfaden wurden mittlerweile ca. 1000 Stück in den Polizeibehörden und der Fachhochschule verteilt.

Ermittlungsverfahren, die Straftaten in Zusammenhang mit „rechtsextremistischer Hass-Musik“ zum Gegenstand haben, werden bei den Staatsanwaltschaften des Landes in den dortigen Sonderabteilungen für politische Straftaten geführt, in denen überwiegend langjährig erfahrene Dezernentinnen und Dezernenten tätig sind. Diese halten ihr einschlägiges Fachwissen durch Fortbildungsveranstaltungen und den Erfahrungsaustausch mit anderen auf diesem Gebiet tätigen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten stetig auf dem Laufenden.

Da die Aus- und Fortbildung der Kommunen Angelegenheit des jeweiligen Dienstherrn ist, können von der Landesregierung keine Aussagen zu eventuell erworbenen Spezialkenntnissen von Mitarbeitern in Ordnungsbehörden getroffen werden.

Frage 9: Welche Angebote stehen den Kommunen zur Verfügung, um sich gezielt über den Umgang mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen beraten lassen zu können?

zu Frage 9: Den Kommunen stehen als Arbeitshinweise im Brandenburgischen Landesrecht (BRAVORS) veröffentlichte und nachfolgend aufgeführte Erlasse zur Verfügung:

- Ordnungsbehördliche Maßnahmen zur Abwehr von getarnten Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg vom 7. Oktober 1994 (ABl./94, [Nr. 75], S.1562) sowie
- Ordnungsbehördliche Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren bei Veranstaltungen mit rechtsextremistischer Ausrichtung vom 22. November 1993 (ABl./93, [Nr. 94], S.1710) geändert durch Erlass des MI vom 22. April 2002 (ABl./02, [Nr. 19], S.508).

Der Verfassungsschutz Brandenburg unterrichtet regelmäßig in seinen Verfassungsschutzberichten zu rechtsextremistischen Musikaktivitäten (Bands, Konzerte und Tonträger). Darüber hinaus informiert die Verfassungsschutzbehörde durch spezielle Lagebilder bzw. das Faltblatt „Hassmusiker“. Zudem veranstaltete die Verfassungsschutzbehörde in der Vergangenheit wiederholt Fachtagungen zum Thema „Rechtsextremistische Hass-Musik“, beispielsweise am 07.12.2005 zum Thema „Musik und Hass“ und am 16.06.2011 zum Thema „Extremisten und Musik“.

Frage 10: Welche geplanten Auftritte von Brandenburger Bands bei rechtsextremistischen Großveranstaltungen in diesem Jahr sind der Landesregierung gegenwärtig bekannt? Bitte Veranstaltungen, Veranstaltungsorte, Veranstalter und Bands auflisten.

zu Frage 10: Zu folgenden geplanten Veranstaltungen liegen der Landesregierung gegenwärtig Erkenntnisse vor:

Datum	Ort	Veranstalter	auf tretende Musikgruppen bzw. Liedermacher
24.06.2017	wahrscheinlich Kirchheim, TH	unbekannt	Spreegeschwader (BE), Uwocaust (BB)
01.07.2017	Gera, TH	G.R. (anonymisiert siehe Vorbemerkung)	Division Germania (NRW) , Confident of Victory (BB), Hausmannskost (BB), Frontfeuer (BB)
15.07.2017	Hildburghausen, TH	T.F. (anonymisiert siehe Vorbemerkung)	Stahlgewitter (NI), Uwocaust (BB)
29.07.2017	Sömmerda, TH bzw. Hildburghausen, TH	P.S. (anonymisiert siehe Vorbemerkung)	Frontalkraft (BB)

Frage 11: Sind Brandenburgs Sicherheitsbehörden auf Rechtsrock-Veranstaltungen im polnischen Grenzgebiet vorbereitet und stehen sie diesbezüglich mit polnischen Behörden in Kontakt?

zu Frage 11: Der Landesregierung liegen keine konkreten Erkenntnisse hinsichtlich der Durchführung solcher Veranstaltungen in den angefragten Bereichen vor.

Frage 12: Wie finanziert sich die rechtsextremistische Musikszene in Brandenburg?

zu Frage 12: Einnahmequellen der rechtsextremistischen Szene sind insbesondere Tonträgerproduktionen, Eintrittsgelder für Konzertveranstaltungen, Liederabende und Feiern, Merchandising (Bekleidungsstücke usw. im Zusammenhang mit rechtsextremistischer Musik) sowie Gagen für Auftritte.

Frage 13: In welcher ungefähren Größenordnung bewegen sich nach Schätzung der Landesregierung die Umsätze und Gewinne, die mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Brandenburg im Jahr 2016 erzielt worden sind?

zu Frage 13: Diesbezüglich liegen der Landesregierung keine belastbaren Zahlen vor.

Frage 14: In welcher ungefähren Größenordnung bewegen sich nach Schätzung der Landesregierung die Umsätze und Gewinne, die Brandenburger Bands, Produktionsfirmen und Vertriebe mit rechtsextremistischen Tonträgern und entsprechender Szene-Bekleidung im Jahr 2016 erwirtschaftet haben?

zu Frage 14: Diesbezüglich liegen der Landesregierung keine belastbaren Zahlen vor.

Frage 15: Hat die Landesregierung sichergestellt, dass neu veröffentlichte Tonträger von rechtsextremistischen InterpretInnen oder Produktionsfirmen aus Brandenburg schnellstmöglich juristisch geprüft werden – strafrechtlich und hinsichtlich einer etwaigen Jugendgefährdung? Falls Ja: Wie ist eine schnellstmögliche Ahndung strafrechtlich relevanter und jugendgefährdender Inhalte von Tonträgern sichergestellt? Falls Nein: Warum nicht?

zu Frage 15: Neuerscheinungen von Musikgruppen aus dem Land Brandenburg werden zeitnah nach dem Bekanntwerden durch das Landeskriminalamt des Landes Brandenburg ausgewertet. Werden dabei Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz oder Strafrecht festgestellt, erfolgen weitere Maßnahmen, wie z. B. die Anregung einer Indizierung bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) oder die Fertigung einer Strafanzeige. Im Jahr 2015 zählte das Landeskriminalamt mit der Indizierung von insgesamt 60 rechtsextremistisch orientierten Tonträgern durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) wiederholt zu der bundesweit aktivsten anregungsberechtigten Stelle. Die Indizierungen im Jahr 2016 liegen auf dem gleichen Niveau.

Die Dezernentinnen und Dezernenten der Staatsanwaltschaften des Landes haben im Bereich der relevanten Tonträger Zugriff auf die vom Bundeskriminalamt geführte und gepflegte „Datenbank Rechtsextremismus (DAREX)“, in der inkriminierte Inhalte und die der entsprechenden rechtlichen Bewertung zugrunde liegenden Entscheidungen gesammelt werden. In Zweifelsfällen bzw. bei noch nicht geprüften Neu-Veröffentlichungen, die strafrechtlich relevant sein könnten, legen die Polizeibehörden entsprechende Tonträger den Staatsanwaltschaften umgehend zur rechtlichen Prüfung vor. Sind Ermittlungsverfahren einzuleiten, werden diese in der in Verfahren wegen politisch motivierter Straftaten gebotenen Stringenz geführt. Erforderliche Entscheidungen zu strafprozessualen Maßnahmen, wie Durchsuchungen oder Beschlagnahmen, werden unverzüglich herbeigeführt und ihre Umsetzung veranlasst. Über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen einer staatsgefährdenden Schrift (worunter gemäß § 11 Absatz 3 des Strafgesetzbuches auch Tonträger fallen) ist zudem gemäß Nummer 208 der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren das Bundeskriminalamt unverzüglich zu unterrichten. In Fällen, in denen der

Anfangsverdacht einer Straftat nicht begründet wird, der Inhalt des Tonträgers aber jugendgefährdend erscheint, können die Staatsanwaltschaften eine Prüfung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien anregen (§ 21 Absatz 4 des Jugendschutzgesetzes), wovon bei den Staatsanwaltschaften des Landes regelmäßig Gebrauch gemacht wird.

Frage 16: Wieviel Zeit vergeht durchschnittlich zwischen der Veröffentlichung eines rechtsextremistischen Tonträgers einer Brandenburger Band oder einer Brandenburger Produktionsfirma einerseits und dem Abschluss der rechtlichen Überprüfung durch eine staatliche Stelle andererseits?

zu Frage 16: Mangels einer gesonderten statistischen Erhebung können zu dieser Frage von der Landesregierung keine Angaben gemacht werden.

Frage 17: Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der rechtsextremistischen Musikszene in Brandenburg unter Berücksichtigung folgender Parameter: Zahl der Bands, Zahl der veröffentlichten Tonträger, Umsätze der Produktionsfirmen und Vertriebe von Tonträgern und Szene-Bekleidung in Brandenburg oder im Besitz von Brandenburgern, Zahl und Publikumsresonanz der veranstalteten Konzerte in Brandenburg, Zahl der geplanten Konzerte in Brandenburg, Zahl und Publikumsresonanz der Konzerte in anderen Bundesländern und im Ausland mit Beteiligung von Brandenburger InterpretInnen und/oder der Teilnahme von BesucherInnen aus Brandenburg, Personenpotenzial der Szene?

zu Frage 17: Im Land Brandenburg gibt es seit Jahren eine sehr aktive rechtsextremistische Musikszene. Dies spiegelt sich beispielsweise bei den aktiven Bands wieder. Die Zahl der Bands ist mit 24 (2015: 26; 2014: 23) nahezu gleich geblieben. Hinzu kommen 14 Liedermacher (2015: 13; 2014: 10).

Dazu muss allerdings angeführt werden, dass eine Vielzahl von Musikern in verschiedenen Bands und Bandprojekten aktiv ist. Aufgrund fehlender Szeneobjekte im Land Brandenburg weichen daher die Musikgruppen zur Durchführung ihrer Konzertveranstaltungen in benachbarte Bundesländer aus (z. B. Sachsen und Thüringen).

Rechtsextremistische Musik bleibt ein starkes Bindemittel für die gesamte Szene. Konzerte sind ein wichtiger Bestandteil der rechtsextremistischen Erlebniswelt. Daher wird der hohe Druck der brandenburgischen Sicherheitsbehörden auf die Szene konsequent aufrechterhalten.

Nach hiesigen Erkenntnissen nimmt die Zahl der Besucher derartiger Veranstaltungen seit Jahren ab. Liederabende und Konzertveranstaltungen werden durchschnittlich noch von 50 bis 200 Teilnehmern besucht. Großveranstaltungen, wie in der Schweiz, kommen kaum noch vor, da sie mit großem logistischem und finanziellem Aufwand verbunden sind. Außerdem besitzen nur wenige „Szenebands“ das Potential, derart viele Personen zu mobilisieren.

Frage 18: Mit welchen Auswirkungen rechnet die Landesregierung infolge des Booms in der rechtsextremistischen Musikszene?

zu Frage 18: Ein sogenannter „Boom“ ist aus hiesiger Einschätzung nicht zu verzeichnen.